

Öffentliche Sitzung
des Sozialausschusses
am Mittwoch, den 13.09.2023
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:03 Uhr

Ende: 18:32 Uhr

Anwesend:

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

CDU

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt

ab 16:45 Uhr.

Frau Stadträtin Elena Risel

Herr Stadtrat Paul Schneider

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Frau Stadträtin Christa Kircher-Beißwenger

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker

sozial.ökologisch.links.

Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

FDP/FW

Herr Stadtrat Ludwig Majohr

Verwaltung

Herr Klaus Arnholdt

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Frau Andrea Geiger

Herr David Schenk

Frau Birgit Schmidt

Frau Regina Stöckle

Herr Thilo Störzer

Frau Renate Wahl

Gast

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Abwesend:

CDU

Frau Stadträtin Marianne Barthle

sozial.ökologisch.links.

Frau Stadträtin Cynthia Schneider

T a g e s o r d n u n g

=====

- 1** Erhöhung des Zuschusses an die Telefonseelsorge Ostalb
- 2** Notübernachtungsstelle für Wohnungslose im Haus St. Elisabeth
Zuschuss an die Caritas Ost-Württemberg 2024 und 2025
- 3** Kinderschutzkonzept für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Schwäbisch Gmünd
- 4** Bericht über die Arbeit des Sozialunternehmens a.l.s.o. e.V.
- 5** Bekanntgaben
- 5.1** Neue Förderprojekte beim Amt für Familie und Soziales
- 6** Anfragen
- 6.1** Spatenstich Jugendtreff Hardt
- 6.2** Mittel für Jugendmigrationsdienste
- 6.3** Mensa Paler-Gymnasium

Erster Bürgermeister Baron begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

**zu 1 Erhöhung des Zuschusses an die Telefonseelsorge Ostalb
Vorlage: 170/2023**

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron und Herr Störzer führen in den Sachverhalt ein.

Frau Sommer erläutert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Erster Bürgermeister Baron bedankt sich für den Vortrag. Es sei ein tolles Angebot für die Telefonseelsorge.

Stadträtin Risel/CDU schließt sich dem Dank an. Man werde zustimmen. Sie erkundigt sich, ob sich die Anzahl der Jugendlichen seit Corona erhöht habe. Außerdem erkundigt sie sich, wie die Altersstruktur der Ehrenamtlichen sei und ob es mehr Frauen oder Männer gebe.

Frau Sommer antwortet, dass es deutlich mehr Frauen gebe. Aber auch hier sei die Tendenz der Männer steigend. Es würden immer mehr Kinder und Jugendliche das Angebot nutzen.

Stadträtin Braun/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für den Vortrag. Sie erkundigt sich, ob es Ehrenamtliche aus Schwäbisch Gmünd geben würde, die sich in der Telefonseelsorge engagieren würden.

Frau Sommer antwortet, dass es keine Ehrenamtlichen aus Schwäbisch Gmünd gebe. Dies liege jedoch auch daran, dass man in den Räumlichkeiten der Telefonseelsorge in Ulm tätig sein müsse, da der Schutz des gesprochenen Wortes gelte. Man strebe an, Räumlichkeiten in Aalen oder Heidenheim zur Verfügung zu stellen.

Erster Bürgermeister Baron äußert, dass man die technischen Voraussetzungen zur Telefonie von zuhause aus schaffen könne.

Stadtrat Dr. Beck/SPD schließt sich den Worten der Vorredner an. Der Begriff der Seelsorge habe sich verwandelt von der Kirche, andere Formen müssten genutzt werden, bspw. durch Gespräche. Er erkundigt sich, ob es andere Kulturen gebe, die beraten würden. Mit 2.500 Euro Zuschuss könne man den Betrieb nicht finanzieren. Er erkundigt sich, welchen Beitrag die Kirchen finanziell leisten würden und welchen die Kommunen.

Frau Sommer antwortet, wenn jemand christliche Grundwerte vertreten könne, sehe man kein Problem. Man habe Katholische, Evangelische, Buddhisten aber auch Per-

sonen, die aus der Kirche ausgetreten seien. Bei den Anrufern ebenso, es würden immer mehr muslimische Menschen anrufen. Man sei froh darüber, dass man breit aufgestellt sei. Die Finanzierungsstruktur sei komplex, etwa zwei Drittel würden von den Kirchen finanziert werden, ein Drittel von den Kommunen. Es würden mehr Anrufe aus Ulm/Neu-Ulm eingehen, da die Hauptstelle dort angesiedelt sei. Das Angebot stehe jedoch für alle zur Verfügung.

Stadtrat Dionyssiotis/s.ö.l. erkundigt sich, ob die Nummer gegen Kummer ebenfalls bei der Telefonseelsorge lande oder ob dies separat sei. Er erkundigt sich außerdem, ob man einen Unterschied vor und nach der Corona-Pandemie erkennen könne.

Frau Sommer antwortet, dass die Dienststunden immer gleich seien, da das Telefon ununterbrochen klinge. Die Auslastung sei bei 99 Prozent. Die Anrufversuche würden steigen, daher sei auch der Bedarf vorhanden. Die Nummer gegen Kummer und auch der Krisenchat seien separat. Diese seien jedoch nicht 24/7 erreichbar.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste bedankt sich für den Vortrag. Man werde zustimmen. Sie erkundigt sich, ob der Krieg einen besonderen Einfluss hätte. Außerdem erkundigt sie sich, ob es oft vorkomme, dass man mit jemand Bekanntem telefoniere.

Frau Sommer antwortet, dass das Thema, ob man jemanden kennen könnte, viele beschäftigen würde. Es gebe immer die Möglichkeit zu sagen, dass man nicht der richtige Ansprechpartner sei. Durch den Krieg seien viele Themen aufgekommen wie beispielsweise die aktuelle politische Situation oder auch die Inflation. Die Ängste seien daher ein Thema. Durch Krieg seien viele Dinge entstanden wie aktuelle politische Situation oder Inflation, die daraus entstehenden Ängste seien ein Thema.

Stadträtin Dr. Kosin/Freie Wähler Frauen führt aus, dass es zur Frustration führe, wenn man niemanden erreiche. Sie regt daher eine Terminvereinbarung an.

Frau Sommer antwortet, dass dies schwierig sei. Die Erreichbarkeit sei derzeit auch ein Thema auf Bundesebene. Viele Personen würden oft anrufen und dann auch die Ehrenamtlichen binden. Man arbeite daher unter anderem auch mit Band-Ansagen oder einer Online-Beratung.

Erster Bürgermeister Baron weist nochmals darauf hin, dass die Nachfrage größer als das Angebot sei und man daher die Chance nutzen solle, auch Möglichkeiten außerhalb der bisherigen Räumlichkeiten zu prüfen. Es seien Probleme, die lösbar seien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Zuschuss für die Telefonseelsorge Ostalb wird weiterhin bewilligt und von zuletzt jährlich 3.040,00 € auf 3.500,00 € angepasst. Dieser erhöhte Zuschuss wird ab dem Jahr 2024 befristet bis zunächst einschließlich dem Jahr 2028 gewährt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20, 50
nachrichtlich an Amt:

**zu 2 Notübernachtungsstelle für Wohnungslose im Haus St. Elisabeth
Zuschuss an die Caritas Ost-Württemberg 2024 und 2025
Vorlage: 158/2023**

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron und Herr Reuter führen in den Sachverhalt ein.

Frau Walter erläutert den Sachverhalt.

Stadträtin Risel/CDU bedankt sich für den Vortrag. Man werde zustimmen. Man sehe die Notwendigkeit aktuell gegeben, nach dem Umbau müsse man nochmals darüber sprechen.

Stadträtin Kircher-Beißwenger/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, wie viele ehrenamtlich Tätige man habe und ob man neue gewinnen könne. Außerdem erkundigt sie sich, wie man das Spendenziel erreichen wolle. Sie erkundigt sich außerdem, wie man kontrolliere, dass Doppelauszahlungen vermieden werden.

Frau Walter antwortet, dass man in Schwäbisch Gmünd zehn Ehrenamtliche habe, die sich dauerhaft engagieren würden. Darüber hinaus habe man Ehrenamtliche, die sich zeitweise engagieren würden. Dies funktioniere sehr gut. Man erhalte regelmäßige Spenden, die Auszahlung des Bürgergeldes werde kontrolliert

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste führt aus, dass die Einrichtung eine sehr wichtige Institution sei. Es wäre wünschenswert, wenn andere Kommunen mehr machen würden. Größere Städte seien aber ein Magnet für das Umfeld.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Die Stadt unterstützt den Betrieb der Notübernachtungsstelle im Haus St. Elisabeth durch die Caritas Ost-Württemberg mit einem jährlichen Festbetragszuschuss. Für die Jahre 2024 und 2025 wird ein Zuschuss in Höhe von 38.000 € jährlich festgelegt und in zwei Raten mit je 19.000 € jeweils zum 01.05. und 01.11. eines Jahres ausbezahlt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20, 50
nachrichtlich an Amt:

zu 3 Kinderschutzkonzept für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 153/2023

Protokoll:

Frau Geiger erläutert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Herr Arnholdt führt aus, dass es kein einfaches Thema sei. Das Kindeswohl stehe an vorderster Stelle, man habe nun auch einen Handlungsrahmen. Außerdem biete es Sicherheit für die Kinder und auch einen Schutz für die 260 Fachkräfte in den Kitas.

Stadtrat Schneider/CDU erkundigt sich, ob man ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis anfordere und ob Schulen auch ein solches Konzept hätten. Überall, wo Kinder seien, benötige man ein Konzept.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass das Konzept für die bereits beschäftigten Personen gelte. Im Bewerbungsverfahren frage man alles ab und fordere auch ein Führungszeugnis an, es seien jedoch Momentaufnahmen. Daher sei es ein Baustein von vielen.

Herr Arnholdt äußert, dass Schulen Landeseinrichtungen seien. Man werde jedoch für den Betreuungsbereich an den Schulen ebenfalls eine entsprechende Konzeption erarbeiten.

Stadtrat Hirsch/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass der Kinderschutz ein hohes Anliegen sei. Es sei wichtig, dass man solche Schutzkonzepte habe. Sie seien sehr aufwendig, aber hätten den Vorteil, dass die Mitarbeiter mit einbezogen werden würden und es daher auch verankert sei. Wichtig sei, dass man regelmäßig schule. Es brauche auch eine Übung. Es sei wichtig, dass es nicht nur um sexuelle Gewalt gehe, sondern der gesamte Bereich erfasst werde. Insbesondere der seelische Bereich sei schwierig zu erfassen. Er weist darauf hin, dass im Anhang veraltete Kontaktdaten stehen würden, er stelle die aktuellen gerne zur Verfügung. Für die Konzeption an den Schulen solle man auf das Kinderschutzzentrum Ostalb zugehen.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass der seelische Bereich ein Schwerpunkt der Diskussion gewesen sei. Die Frage sei immer, wo die Grenze zwischen Tadel und seelischer Gewalt sei. Diese Abgrenzung zu finden, sei tägliche Aufgabe. Das Konzept sei ein Handlungsrahmen.

Stadtrat Hirsch/Bündnis 90/Die Grünen findet ebenfalls, dass es ein sensibles Thema sei. Man solle nichts unter den Tisch fallen lassen, solle aber auch nicht zu sensibel sein und jedes zweite Anliegen melden.

Erster Bürgermeister Baron bestätigt, dass genau dies das Ansinnen gewesen sei.

Stadträtin Wertner-Penteker/SPD bedankt sich für das umfassende Konzept.

Stadtrat Dionyssiotis/s.ö.l. bedankt sich ebenfalls für die gute Arbeit.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste erkundigt sich, ob durch die Pandemie und den Krieg sexualisierte oder psychische Gewalt zugenommen hätten.

Frau Geiger antwortet, dass man dies so nicht feststellen könne.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man hierüber sehr froh sei. Jedoch müsse man das Thema insgesamt sehen. Man habe auch Berichte von Frauen helfen Frauen. Mit dem Krieg gebe es keinen unmittelbaren Zusammenhang, mit der Pandemie jedoch schon, da sehr viele zuhause gewesen seien. Man hoffe, dass dies wieder zurückgehe.

Frau Geiger äußert, dass man Verhaltensauffälligkeiten bemerkt habe, v.a. die Schwierigkeit der Kinder, sich wieder zu integrieren.

Stadträtin Dinser/CDU erkundigt sich, ob die Konzepte auch bei freien Trägern in diesem Umfang erarbeitet werden würden.

Herr Arnholdt antwortet, dass man es in die nächste Trägerkonferenz mitnehmen werden. Jeder Träger müsse jedoch selbst entscheiden, in welcher Tiefe er es erarbeite.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

**zu 4 Bericht über die Arbeit des Sozialunternehmens a.l.s.o. e.V.
Vorlage: 169/2023**

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron führt in den Sachverhalt ein.

Frau Schwenk, Herr Nagelbach und Frau de Broekert (a.l.s.o) stellen den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Stadträtin Dinser/CDU bedankt sich für die umfangreiche Darstellung, was die a.l.s.o. alles mache. Jeder im Sozialausschuss kenne die a.l.s.o., die Klienten ebenfalls, aber in der breiten Bevölkerung von Schwäbisch Gmünd nehme man die a.l.s.o. mit zwei Dingen war: Arbeitslose und Möbelbörse. Dass die a.l.s.o. viel mehr leiste, würden viele nicht sehen. Dies sei darauf zurückzuführen, weil man viel im Hintergrund arbeite. Sie bedankt sich im Namen der CDU-Fraktion für die geleistete Arbeit und schlägt einen Besuch sowie eine Sitzung des Sozialausschusses bei der a.l.s.o. vor.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man die a.l.s.o. gerne besuchen könne und den Vorschlag zur Sitzung mit dem Ältestenrat besprechen werde.

Stadträtin Braun/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die Ausführungen. Sie erkundigt sich, welches das teilnehmerstärkste Angebot sei. Außerdem erkundigt sie sich nach den alleinerziehenden Männern.

Frau Schwenk antwortet, dass die Teilnehmer-Zahlen durch das Job-Center vorgegeben werden würden, es erfolge eine Platzvergabe. Bei den freien Angeboten seien vor allem die Ausbildung in Teilzeit sowie Frauenangebote am beliebtesten.

Frau de Broekert äußert, dass die Zahl der alleinerziehenden Männer steige. Die bundesweite Statistik zeige, dass es bei zehn Familien neun Frauen seien, dies habe sich über die Jahre nicht geändert. Die Frage sei jedoch, ab wann man alleinerziehend sei. Dies könne man nicht definieren. Der Schwerpunkt liege auf Alleinerziehenden, jedoch dürfe man das Angebot auch nutzen, wenn man einen Partner habe. Alleinerziehende hätten aber andere Themen, die sie beschäftigen.

Stadtrat Dr. Beck/SPD bedankt sich für den Vortrag.

Stadtrat Majohr/FDP/FW findet, dass die a.l.s.o. mehr in den Blick der Öffentlichkeit gestellt werden müsse.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste erkundigt sich, ob die Band ihrer Kinder auftreten könne.

Herr Nagel antwortet, dass man immer schauen müsse, was man könne und was man solle. Man müsse prüfen, was gebraucht werde und wie man vorankomme. Der Spagat sei gar nicht so einfach. Vor Corona habe man versucht, bei Musik Initiativ einen Förderantrag zu stellen, dieser sei leider abgelehnt worden. Man werde es wieder versuchen aber man brauche dafür auch die notwendigen Räumlichkeiten. Junge Leute wäre das eine, man wolle zweigleisig fahren und auch mit Menschen, die von Armut bedroht seien, Musik machen. Man versuche, eine Qualität hineinzubekommen. Man müsse schauen, welches Format man finde. Er nehme es mit in das Gremium.

Stadtrat Dionyssiotis/s.ö.l. führt aus, dass der Jugendgemeinderat gerne Partys veranstalten würde. Er erkundigt sich, ob man so etwas bei der a.l.s.o. unterbringen könne.

Herr Nagel antwortet, dass man gerne darüber sprechen könne.

Stadtrat Majohr/s.ö.l. schlägt vor, einen neuen Namen zu vergeben.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man berücksichtigen müsse, dass die a.l.s.o. eine Marke geworden sei und dies auch in vielen Köpfen eingepreßt sei.

Herr Nagel führt aus, dass man vom Stigma „arbeitslos“ wegkommen müsse, denn Arbeitslose hätten keine Lobby und auch noch nie gehabt. Man überlege, die Punkte

zwischen den Buchstaben wegzulassen. AEG sei auch eine Marke, hier frage auch niemand, für was die Buchstaben stehen würden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50
nachrichtlich an Amt:

zu 5 Bekanntgaben

zu 5.1 Neue Förderprojekte beim Amt für Familie und Soziales

Protokoll:

Herr Reuter erläutert die Förderprojekte (siehe Anlage).

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50
nachrichtlich an Amt:

zu 6 Anfragen

zu 6.1 Spatenstich Jugendtreff Hardt

Protokoll:

Stadträtin Braun/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob es schon etwas Neues zum Spatenstich für den Jugendtreff Hardt gebe.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man den konkreten Termin erfragen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50
nachrichtlich an Amt:

zu 6.2 Mittel für Jugendmigrationsdienste

Protokoll:

Stadtrat Dionsysiotis/s.ö.l. äußert, dass die Bundesregierung massiv Mittel für die Jugendmigrationsdienste gekürzt habe, weitere Kürzungen für die Migrationsberatung für Erwachsene seien zu erwarten. Er erkundigt sich, ob die Verwaltung eine Möglichkeit sehe, auf die Bundes- und Landtagsabgeordneten zuzugehen mit dem Ziel, diese wichtige Arbeit aufrecht zu erhalten.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass er es in Gespräche mit den Abgeordneten mitnehmen werde. Dass man ein Umdenken bewirken werde, glaube er jedoch nicht.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 3
nachrichtlich an Amt:

zu 6.3 Mensa Paler-Gymnasium

Protokoll:

Stadträtin Dinsler/CDU führt aus, dass man nach der vergangenen Sitzung des Sozialausschusses die Mensa des Parler-Gymnasiums getestet habe. Das Probeessen sei sehr gut gewesen, sie bedankt sich hierfür.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Erster Bürgermeister Baron die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Erster Bürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: